




# Vater, Mutter, Fachkraft

**Familienpolitik.** Zur Fachkräftesicherung in Deutschland kann auch die Familienpolitik beitragen. Das effektivste Mittel ist hierbei der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Gäbe es mehr Kitas und Ganztagschulen, stünden dem Arbeitsmarkt laut einer IW-Studie bereits kurzfristig zusätzlich 240.000 qualifizierte Vollzeitkräfte zur Verfügung. 

Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, Kindergeld, Elterngeld, Mutterschaftsgeld und demnächst noch das Betreuungsgeld: Dies sind nur einige der mehr als 150 ehe- und familienpolitischen Leistungen in

Deutschland, für die der Staat jedes Jahr rund 200 Milliarden Euro aufwendet. Damit entfallen auf die Familienförderung 18 Prozent aller öffentlichen Ausgaben von zuletzt 1.106 Milliarden Euro.

Jüngst ist viel über Sinn und Unsinn der deutschen Familienpolitik diskutiert worden. Vor allem das Betreuungsgeld, das ab August an jene Eltern ausgezahlt wird, die sich selbst um ihre ein- und zweijährigen Kinder kümmern, erhitzt die Gemüter. Kein Wunder, trägt diese Leistung doch kaum zur Gleichberechtigung bei. Zudem vergrößert sie das Armutsrisiko der Frauen, die wegen des Geldes daheimbleiben.

Meist geht es in den Debatten zur Familienpolitik darum, wie zielführend einzelne Maßnahmen tatsächlich sind. Eine Antwort gibt nun das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zumindest auf die Frage, wie wirksam die staatliche Familienförderung in Bezug auf die Fachkräftesicherung ist. Zwar ist dies nicht das primäre Ziel von Familienpolitik, dennoch kann sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Die IW-Studie unterscheidet dabei drei Ansatzpunkte:

**1. Erhöhung der Geburtenrate.** Natürlich kann ein künftiger „Babyboom“ nicht die derzeitigen →

## Fachkräftepotenzial: Was Familienpolitik bewirken kann

So viele zusätzliche Vollzeitkräfte stünden dem Arbeitsmarkt in Deutschland mindestens zur Verfügung, wenn es eine flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder zwischen einem und zwölf Jahren gäbe

	mit beruflichem Abschluss	mit Hochschulabschluss	
Rechts-, Wirtschafts- und soziale Berufe	96.000	14.000	Insgesamt 188.000
Gesundheitsberufe	38.000	3.000	
Sonstige/ohne Angabe	32.000	7.000	Insgesamt 56.000
Mathematik, Informatik Naturwissenschaften und Technik (MINT)	11.000	9.000	
Erziehungs-, Sprach- und Kulturberufe	10.000	24.000	

Stand: 2009; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Inhalt

**Euro-Rettungsschirm.** Deutschland ist im Kampf gegen die Schuldenkrise keineswegs der einzige Geldgeber.  
Seite 3

**Künstlersozialkasse.** Knapp 180.000 Künstler und Publizisten sind Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Sozialversicherung, obwohl sie selbstständig sind.  
Seite 4-5

**Flächenhandel.** Der Flächenverbrauch in Deutschland ist zu hoch. Abhilfe schaffen könnte künftig der Handel mit Zertifikaten.  
Seite 6

**Kaufkraft.** Die Bundesbürger können sich für ihre Löhne und Gehälter heute im Schnitt mehr Güter leisten als zu Beginn der 1990er Jahre.  
Seite 7

**Berufsausbildung.** Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen steigt seit Jahren – es gibt aber auch wieder mehr unversorgte Bewerber.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln  
Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Probleme auf dem Arbeitsmarkt lösen. Mit einer Verzögerung von 20 Jahren dürfte eine höhere Geburtenrate aber dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu lindern. Und 20 Jahre sind schnell rum.

Deshalb sollte die Politik für junge Familien Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen möglichst leicht machen, Kinderwünsche zu realisieren. Die meisten Paare entscheiden sich umso eher für Kinder, je einfacher sie familiäre Verpflichtungen mit einer beruflichen Tätigkeit vereinbaren können.

**2. Frühe Bildung.** Die Basis für die schulische Laufbahn wird bereits in den ersten Lebensjahren gelegt. Für die Kompetenzentwicklung spielt deshalb die frühkindliche und vorschulische Bildung eine entscheidende Rolle – langfristig ist sie sogar für das Bildungsniveau der Bevölkerung insgesamt mitverantwortlich.

**3. Höhere Erwerbsbeteiligung.** Insbesondere Mütter unterbrechen oder schränken ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes

für längere Zeit ein. Wie lange diese familienbedingten Auszeiten dauern, hängt aber häufig nicht nur vom Willen der Eltern ab. Viele Väter und vor allem viele Mütter würden gerne (mehr) arbeiten, wenn die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen stimmen würden.

Die effizienteste familienpolitische Maßnahme zur Fachkräftesicherung ist deshalb der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur (Grafik Seite 1):

**Wenn es eine ausreichende Ganztagsbetreuung für Kinder bis zwölf Jahre gäbe, stünden dem Arbeitsmarkt mindestens 240.000 zusätzliche Vollzeitkräfte zur Verfügung – darunter 56.000 Akademiker.**

Das Fachkräftepotenzial mit Hochschulabschluss könnte vor allem Lücken in den Erziehungs-, Sprach- und Kulturwissenschaften schließen, denn 24.000 der 56.000 Akademiker haben einen entsprechenden Abschluss. Unter den beruflich Qualifizierten käme es zu einem Schub von Bankern, Rechts-

anwaltsfachangestellten und Erziehern: Rund die Hälfte der insgesamt 188.000 zusätzlichen Vollzeitkräfte mit beruflichem Abschluss hat einen rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Background.

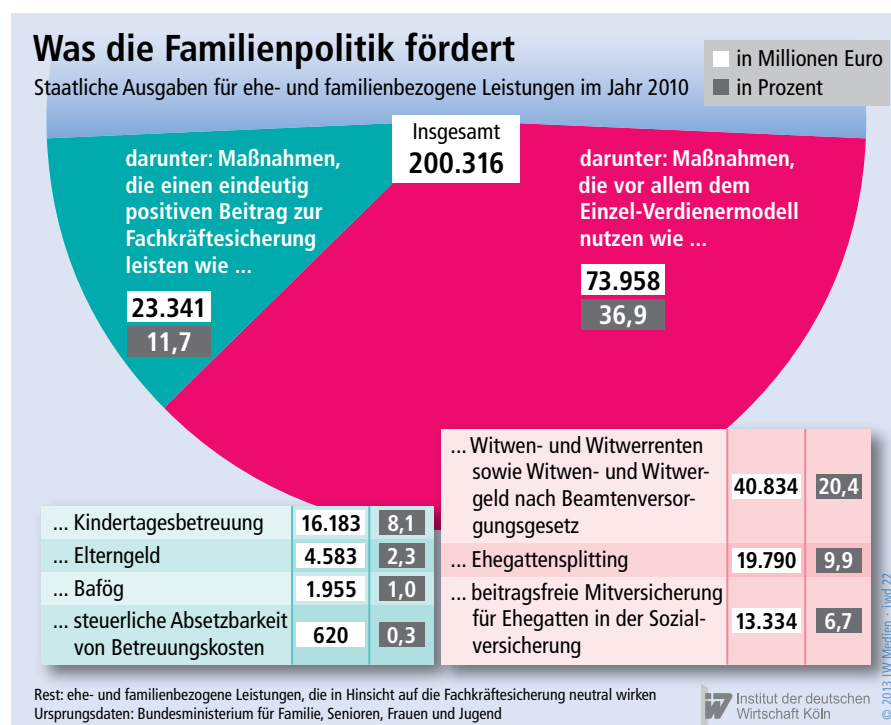
Die insgesamt 240.000 zusätzlichen Vollzeitkräfte stellen allerdings nur die Untergrenze der möglichen zusätzlichen Beschäftigten dar. Unter optimistischen Annahmen steigt ihre Zahl sogar auf mehr als 1 Million Vollzeitäquivalente.

Schließlich gibt es noch einen weiteren Grund, warum der Ausbau der Betreuungseinrichtungen sinnvoll ist: Kitas, Tagesmütter und Ganztagschulen erhöhen die Wahlfreiheit von Eltern. Gegenwärtig unterstützt die Familienpolitik vor allem das Einzel-Verdienermodell – für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird deutlich weniger Geld in die Hand genommen (Grafik):

**Fast 37 Prozent der ehe- und familienbezogenen Leistungen kommen vor allem Familien zugute, in denen ein Partner nicht erwerbstätig ist.**

Ein typisches Beispiel: Geht die Frau nach einer Kinderauszeit (wieder) arbeiten, entfällt für sie die beitragsfreie Mitversicherung in der Sozialversicherung.

Maßnahmen, die der Fachkräftesicherung dienen – also etwa Ausgaben für die Kindertagesbetreuung oder das Elterngeld –, schlagen dagegen nur mit knapp 12 Prozent des Gesamtbudgets der Familienleistungen zu Buche.



**Information**

## IW-Positionen Nr. 60

Wido Geis, Axel Plünnecke:  
 Fachkräftesicherung durch Familienpolitik,  
 Köln 2013, 60 Seiten, 11,80 Euro

**Versandkostenfreie Bestellung unter:**  
[www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

# Deutschland hilft nicht allein

**Euro-Rettungsschirm.** Auch wenn Deutschland schon aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Euro-Schuldenkrise spielt, ist es keineswegs der einzige Geldgeber.

Die Erleichterung in der zyprischen Hauptstadt Nikosia war groß: Nachdem das Land vor kurzem die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds von seinem Reformwillen überzeugt hat, kommt nun der dringend benötigte Kredit über insgesamt 9 Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Was für Zypern eine große Entlastung bedeutet, ist für den Rettungsschirm eher „Kleingeld“ – schließlich verfügt er über ein Finanzvolumen von bis zu 500 Milliarden Euro. Dennoch tut der ESM gut daran, nicht allzu freigiebig zu sein. Andernfalls würde den betroffenen Staaten der Anreiz fehlen, selbst maßgeblich zur Lösung ihrer Probleme beizutragen. Zudem liegt es im Interesse der Geberländer, nicht mehr Hilfen bereitzustellen als unbedingt nötig.

Dabei steht der Begriff der Geberländer zu Recht im Plural – denn Deutschland muss die Krisenstaaten keineswegs im Alleingang retten (Grafik):

**Von allen Eurostaaten, die im Rahmen ihrer Beteiligung am Euro-Rettungsschirm bis Ende 2012 Kredite und Bürgschaften gewährt haben, trug Deutschland nur den sechstgrößten Anteil – gemessen an seiner Wirtschaftsleistung waren es 2,1 Prozent.**

## Euro-Schuldenkrise: Viele Zahlmeister

Kredite und Bürgschaften, die die Eurostaaten im Rahmen ihrer Beteiligung am Euro-Rettungsschirm bis Ende 2012 gewährt haben

■ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts ■ in Millionen Euro

Malta	2,8	187	Niederlande	2,0	11.787
Slowenien	2,7	972	Belgien	1,9	7.198
Italien	2,4	36.932	Österreich	1,9	5.741
Spanien	2,3	24.542	Finnland	1,9	3.708
Zypern	2,3	405	Luxemburg	1,2	516
Deutschland	2,1	56.091	Portugal	0,7	1.212
Estland	2,1	355	Irland	0,2	347
Frankreich	2,1	42.090	Griechenland	0	0
Slowakei	2,1	1.494			

Kredite und Bürgschaften: vor allem an Griechenland, Irland und Portugal  
 Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw22

Italien – nach Malta und Slowenien der drittgrößte Zahler – kam dagegen auf 2,4 Prozent. Und obwohl die Italiener selbst tief in einer Rezession stecken, diskutieren sie weniger kritisch über die Rettungspakete als die Bundesbürger.

Dass Deutschland beim ESM keineswegs über den Tisch gezogen wird, zeigt auch ein Blick auf die Konditionen der Hilfspakete. Zwar profitieren die Krisenländer von niedrigeren Zinsen und längeren Rückzahlungsfristen, dafür müssen sie aber die Troika ins Land lassen und Reformverträge unterschreiben.

Anders als manchmal vermutet, entsteht den Geberstaaten zudem kein Verlust. Denn die Zinsen, die der ESM von den unterstützten Ländern bekommt, sind – einschließlich der Verwaltungskosten – immer noch höher als jene, die er selbst zur Aufnahme der Hilfgelder zahlen muss.

Entscheidend ist ohnehin, ob die Rettungsstrategie zum Erfolg führt – und darauf deutet einiges hin. So

haben Irland und Portugal die geforderten Reformen weitgehend umgesetzt und können dank sinkender Zinsen die von ihnen benötigten Kredite wohl bald wieder selbst am Kapitalmarkt aufnehmen. Und sogar in Griechenland sind die Fortschritte unübersehbar.

## Euro-Schuldenkrise: Weitere Infos

Eine Auswahl an Artikeln, die der iwD seit Beginn des vergangenen Jahres zum Thema Euro-Schuldenkrise veröffentlicht hat:

Zur Funktionsweise und Ausgestaltung des Euro-Rettungsschirms:  
 iwD 12/2012, 33/2012 und 18/2013

Zu den Maßnahmen der EZB:  
 iwD 38/2012

Zur Wirtschaftslage und den Reformbemühungen in den Krisenländern:  
 iwD 25/2012 (Krisenländer allgemein),  
 iwD 45/2012, 14/2013 (Griechenland),  
 iwD 7/2013 (Italien),  
 iwD 19/2012, 9/2013 (Portugal),  
 iwD 26/2012 (Zypern)

# Die Versicherung für Kreative

**Künstlersozialkasse.** Knapp 180.000 Künstler und Publizisten sind in der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert, obwohl sie selbstständig sind. Den Steuerzahler kostete das Ganze im vergangenen Jahr gut 160 Millionen Euro.

Seit 30 Jahren werden Kreative in der Künstlersozialkasse (KSK) zu Arbeitnehmerkonditionen sozialversichert, unter anderem damit sie im Alter nicht auf staatliche Hilfen angewiesen sind. Der Kreis der Privilegierten wächst rapide (Grafik):

**In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der versicherten freischaffenden Künstler und Publizisten um mehr als 40 Prozent gestiegen.**

Unter den gesetzlichen Sozialversicherungen nimmt die Künstlersozialversicherung eine Sonderstellung ein.

Zwar sind Selbstständige in Deutschland generell nicht in der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert. Allerdings gibt es Ausnahmen: Handwerker etwa müssen auch dann in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen, wenn sie einen eigenen Betrieb führen. Erst nach 18 Beitragsjahren können sie sich befreien lassen. Mitglieder freier Berufe, die sich wie Anwälte oder Ärzte in einer Kammer organisieren müssen, sind

zwar versicherungspflichtig, zahlen aber in ihr eigenes berufsständisches Versorgungswerk ein.

Bei den freischaffenden Kreativen ist dies die Künstlersozialkasse. Die ist aber keine eigenständige Versicherung, sondern eine „ausführende Behörde der gesetzlichen Unfallversicherung“. Die zuständigen Beamten in Wilhelmshaven behandeln die Kreativen wie Arbeitnehmer, das heißt, die KSK zieht von den Honoraren den bei Angestellten üblichen Beitragssatz ein (Kasten Seite 5).

Weil die versicherten Künstler selbstständig sind, erhalten sie allerdings kein Gehalt wie ihre angestellten Berufskollegen – und damit entfällt auch der Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung. An dessen Stelle tritt ein Pflichtbeitrag, den jene Firmen an die Künstlersozialkasse abführen müssen, die freie Künstler und Publizisten beauftragen und deren Arbeiten weiterverwerten – die sogenannte Verwerterabgabe.

**Die aktuell 153.000 beitragspflichtigen Verwerter zahlen in diesem Jahr 4,1 Prozent der Honorarsumme an die Künstlersozialkasse.**

Wenn Privatpersonen einen Künstler beauftragen, entfällt die Verwerterabgabe. Damit das kein Loch in die Kasse reißt, gibt es einen Zuschuss vom Bund (Grafik):

**Im vergangenen Jahr kostete die Künstlersozialversicherung den Bund 162 Millionen Euro – damit subventionierten die Steuerzahler jeden KSK-Versicherten mit durchschnittlich 915 Euro.**

Ob eine Firma, die zum Beispiel ihr Logo neu gestalten lässt, auch eine Verwerterabgabe zahlen muss,



## Wer ist Künstler, wer nicht?

Grundsätzlich sind laut Künstlersozialversicherungsgesetz selbstständige Künstler und Publizisten versicherungspflichtig. Tatsächlich entscheidet die Künstlersozialkasse (KSK) aber in jedem Einzelfall, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.

### Berufsbild

Versicherungspflichtig sind zum Beispiel aus dem Bereich der bildenden Künste Bildhauer und Maler, aus dem Bereich der darstellenden Künste Schauspieler, ebenso freischaffende Musiker, aber auch Schriftsteller, Journalisten und Herausgeber. Die

Liste ist offen und erfasst selbst exotische Berufe wie Clowns oder Geräuschemacher.

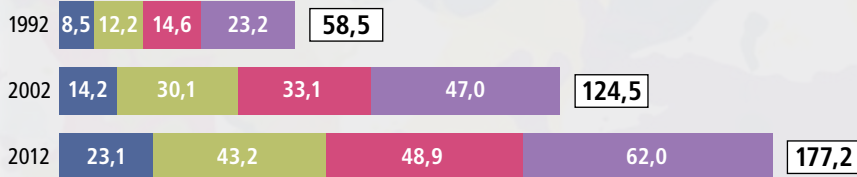
### Beziehung zum Kunden

Künstler und Publizisten müssen ihre Tätigkeit nicht nur erwerbsmäßig sondern auch weisungsungebunden ausüben. Ein selbstständiger Grafiker zum Beispiel, der Internetseiten für einen Kunden gestaltet, oder eine freiberufliche Modedesignerin, die nicht nur entwirft, sondern auch fertigt, arbeitet nach Auffassung der KSK weisungsgebunden. Beide sind deshalb keine „echten“ Künstler.

## Immer mehr Versicherte

Sozialversicherte freiberufliche Künstler in 1.000

■ Darstellende Künstler ■ Autoren ■ Musiker ■ Bildende Künstler □ Versicherte insgesamt



mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von ... Euro



Durchschnittliches Jahreseinkommen: Stand 1. Januar 2012; Quelle: Künstlersozialkasse

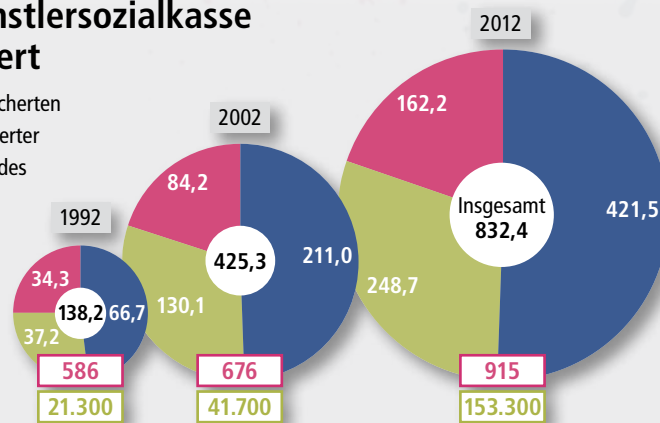
Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IwD 22

## Wie die Künstlersozialkasse sich finanziert

■ Beiträge der Versicherten  
■ Beiträge der Verwerter  
■ Zuschuss des Bundes  
in Millionen Euro

□ Zuschuss je Versicherten in Euro  
□ Beitragspflichtige Verwerter



Beiträge der Verwerter: rechnerischer Bedarf, tatsächliche Einnahmen schwanken aufgrund der Verrechnung von Überschüssen und Fehlbeträgen; Quelle: Künstlersozialkasse

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · IwD 22

Hochgerechnet fallen heute also – vorsichtig geschätzt – jährlich ungefähr 160 Millionen Euro an Erhebungskosten in den Unternehmen an. Rechnet man die veranschlagten 50 Millionen Euro der gesetzlichen Rentenversicherung hinzu und berücksichtigt zudem die Kosten jener Firmen, die zusätzlich geprüft werden, aber nichts zahlen müssen, dann wäre der Bürokratieaufwand für die Verwerterabgabe sogar höher als die Abgabe selbst.

Dabei ließe sich der Beitrag sehr viel einfacher erheben, wenn statt der Unternehmen die Kreativen abgabenpflichtig wären. Die Künstler müssten dazu nur auf ihrer Rechnung zusätzlich die Künstlersozialabgabe ausweisen und zusammen mit dem eigenen Beitrag an die Wilhelmshavener Behörde überweisen.

## Das Beitragsmodell der Künstlersozialkasse

Die Leistungen aus der Künstlersozialversicherung werden etwa zur Hälfte aus Beiträgen der Versicherten finanziert, rund ein Fünftel steuert der Bund aus Steuermitteln bei. Den Rest zahlen die sogenannten Verwerter – Unternehmen und Unternehmer, die Aufträge an selbstständige Künstler oder Publizisten vergeben und deren Produkte weiterverwerten.

Obwohl freischaffend tätig zahlen die Kreativen den für Arbeitnehmer üblichen Beitragsanteil zur Sozialversicherung. Allerdings entfällt der Beitrag an die Bundesagentur für Arbeit, da die freiberuflich tätigen Versicherten kein Arbeitslosengeld beanspruchen können. Beitragspflichtig sind Honorareinnahmen der Kreativen bis zur Höhe der allgemein gültigen Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Sozialversicherung. Auftraggeber zahlen ihre Verwerterabgabe auf die gesamte Honorarsumme.

ist auf den ersten Blick nicht unbedingt klar. Denn dazu muss der Auftraggeber wissen, ob der selbstständige Grafiker überhaupt Künstler im Sinne der Künstlersozialversicherung ist (Kasten Seite 4).

Die betroffenen Unternehmen werden mindestens alle vier Jahre kontrolliert, ob sie die Künstlersozialabgabe abgeführt haben. Die zuständige gesetzliche Rentenversicherung überprüft derzeit rund 70.000 Unternehmen pro Jahr.

In Zukunft will die Bundesregierung aber alle Arbeitgeber in Deutschland kontrollieren – pro Jahr wären das rund 800.000 Unternehmen. Die gesetzliche Rentenversicherung rechnet mit zusätzlichen Kos-

ten von 50 Millionen Euro pro Jahr. Denn die Kontrollen sind sehr arbeitsaufwendig. Anhand der Einzelrechnungen und Honorarverträge muss geprüft werden, ob das Unternehmen verpflichtet war, eine Verwerterabgabe zu zahlen.

Vor allem kleineren bis mittleren Unternehmen verursacht dies bereits heute hohe Bürokratiekosten. Einer Untersuchung der IW Köln Consult GmbH aus 2008 zufolge müssen kleinere Unternehmen in etwa genauso viel für die Feststellung der Künstlersozialabgabe aufbringen wie an Beiträgen. Selbst bei Firmen mit bis zu 249 Beschäftigten entstehen pro Euro Beitrag noch einmal 70 Cent Erhebungskosten.

# Über 100 Fußballfelder pro Tag

**Flächenhandel.** Die deutschen Kommunen weisen im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung zu viele neue Gebiete als Siedlungs- und Verkehrsflächen aus. Abhilfe schaffen könnte der Handel mit Zertifikaten. Das „Planspiel Flächenhandel“ – unter der Leitung des IW Köln – testet diese Idee nun in einem deutschlandweiten Modellversuch.

Trotz des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden Bevölkerungsrückgang werden in Deutschland jeden Tag rund 74 Hektar neue Siedlungs- und Verkehrsflächen ausgewiesen und entsprechend genutzt (Grafik). Umgerechnet sind das etwa 105 Fußballfelder.

**Im gesamten Jahr 2011 wurde damit eine Fläche von 215 Quadratkilometern zusätzlich genutzt, das entspricht der Fläche von Städten wie Düsseldorf oder Lübeck.**

Die dadurch steigenden Kosten der Erschließung und Instandhaltung werden auf immer weniger Köpfe verteilt und belasten die privaten Haushalte und die Kommunen. Hinzu kommen die negativen Folgen für Umwelt und Natur.

Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel definiert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren.

Allerdings können Städte und Gemeinden das Problem der überhöhten Flächenausweisung und der ineffizienten Flächennutzung nicht alleine lösen. Um den Kommunen unter die Arme zu greifen, hat daher das Umweltbundesamt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beauftragt, das Instrument des Flächenhandels zu testen. Dabei soll in einem bundesweiten Modellversuch

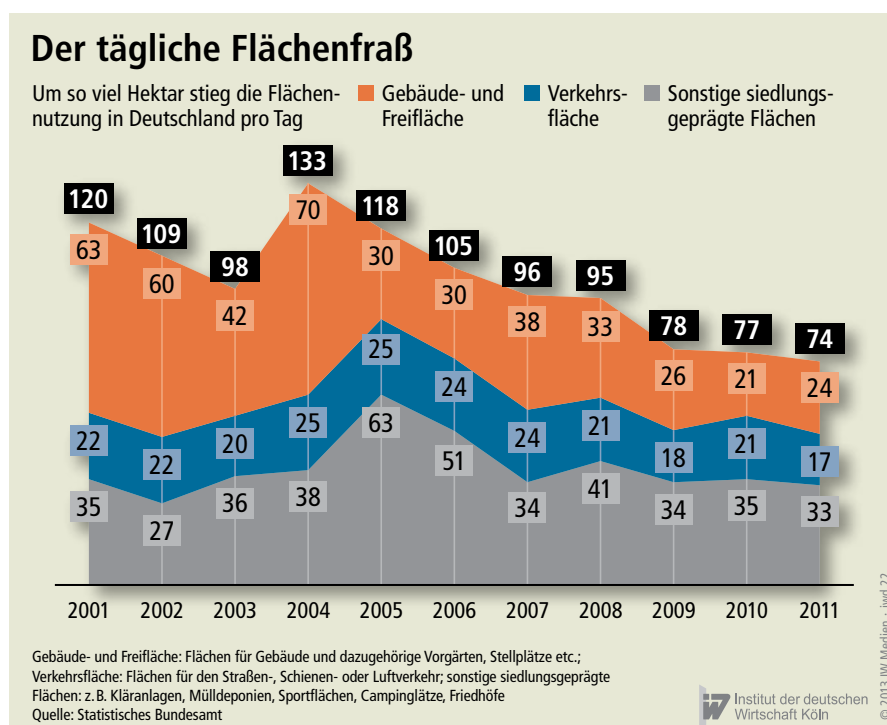
der Zertifikatehandel für Flächen mit zunächst 15 Testkommunen simuliert werden.

Bei dem Planspiel wird ein Flächensparziel – zum Beispiel das 30-Hektar-Ziel der Regierung – in Form von Zertifikaten verbrieft und auf die Kommunen verteilt. Die Flächenzertifikate ähneln den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, die Unternehmen vorlegen müssen, um eine bestimmte Menge an Treibhausgasen ausstoßen zu dürfen.

Wenn eine Kommune also bisher ungenutzte Flächen im Außenbereich zu Bauland machen will, braucht sie eine entsprechende Anzahl an Flächenzertifikaten. Zum Außenbereich einer Gemeinde zählen alle Grundstücke, die nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen. Für Bebauungen im Innenbereich eines Ortes sind keine Zertifikate erforderlich, denn hier darf grundsätzlich gebaut werden.

Die Zertifikate sind zwischen den Kommunen frei handelbar, das heißt, es können sowohl zusätzlich benötigte Zertifikate von anderen Kommunen erworben als auch überschüssige an andere Gemeinden verkauft werden.

Die Zertifikate werden zu Beginn jedes Jahres auf die Kommunen verteilt. Diese können die Zertifikate auch für spätere Aktivitäten ansparen. Weitere Zertifikate erhalten die Kommunen durch Rückbaumaßnahmen – das sind dann sogenannte weiße Zertifikate.



**Weitere Informationen:**  
[www.flächenhandel.de](http://www.flächenhandel.de)

# Technikfreunde im Vorteil

**Kaufkraft.** Die Bundesbürger können sich für ihre Löhne und Gehälter heute im Schnitt mehr Güter leisten als zu Beginn der 1990er Jahre. Vor allem Fernseher, Computer etc. sind inzwischen wesentlich schneller verdient.

Viele Arbeitnehmer in Deutschland können zufrieden sein: Die diesjährige Tarifrunde hat in mehreren Branchen schon ordentliche Gehaltszuwächse beschert. Damit dürfte sich der Trend fortsetzen, dass sich die Bundesbürger im Laufe der Zeit für ihren Arbeitslohn immer mehr leisten können:

**Im Jahr 2012 konnte ein westdeutscher Arbeitnehmer mit seinem Nettoverdienst durchschnittlich 9 Prozent mehr Güter erwerben als 1991.**

Je nachdem, welche Produkte die Deutschen konsumieren, hat sich die Kaufkraft allerdings recht unterschiedlich entwickelt (Grafik). So sind viele Lebensmittel günstiger geworden – z. B. Butter und Schweinekoteletts. Wer aber Kabeljau mag, muss für 1 Kilogramm heute im Schnitt 10 Minuten länger arbeiten als 1991. Der Grund: Die geschrumpften Bestände haben die Fischpreise nach oben getrieben.

Teurer geworden sind auch manche Dienstleistungen wie der Friseurbesuch – nicht zuletzt deshalb, weil bei handwerklichen Leistungen meist kaum Produktivitätssteigerungen möglich sind.

Wer dagegen auf Unterhaltungselektronik steht, kann sich über ein großes Kaufkraftplus freuen:

**Heute muss man für einen neuen Flachbildfernseher nur rund 28 Stunden arbeiten – Anfang der 1990er**

## Kaufkraft in Deutschland

So lange musste ein westdeutscher Arbeitnehmer im Schnitt für diese Güter arbeiten, in Stunden:Minuten

- Lebensmittel
- Bekleidung, Gebrauchsgüter
- Energie
- Medien, Dienstleistungen



Auf Basis des durchschnittlichen Nettoentgelts je geleistete Arbeitsstunde: 1991 = 10,31 Euro, 2012 = 15,89 Euro (Schätzung); Haushaltsstrom: einschließlich Grundgebühr; Fernseher: im Jahr 1991 Röhrenfernseher, Stereo, 70 cm – im Jahr 2012 Flachbildfernseher, 100 Hz, 37 Zoll (94 cm), Full HD (selbst erhobener Preis)  
 Ursprungsdaten: IAB, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv22

**Jahre war ein Röhrengerät erst nach fast 78 Stunden verdient.**

Allerdings sind die aktuellen Geräte kaum noch mit denen zu vergleichen, die vor gut 20 Jahren angeboten wurden. Welche Quantensprünge die Technik gemacht hat, zeigen vor allem die PCs. Zwar würde ein Rechner mit dem Qualitätsstandard von 1995 heute nur gut dreieinhalb Stunden Arbeit kosten – gegenüber 131 Stunden im Jahr 1991. Doch ein Computer mit der damaligen Ausrüstung wäre mit den

heutigen anspruchsvollen Programmen vollends überfordert.

Aus demselben Grund ist auch bei Handys und Festnetztelefonen ein längerfristiger Kaufkraftvergleich schwierig. Klar ist immerhin: Für ein Smartphone der Einsteigerklasse muss ein Arbeitnehmer heute im Schnitt knapp 10 Stunden schuften. Hätte man ein solches Gerät bereits Mitte der 1990er Jahre herstellen können, wäre für den Kauf der Verdienst von annähernd 100 Stunden nötig gewesen.

# Stellen suchen Bewerber

**Berufsausbildung.** Weil die Unternehmen immer größere Probleme haben, Auszubildende zu finden, steigt die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen seit Jahren. Gleichzeitig gibt es allerdings auch wieder mehr unversorgte Bewerber.

Ob Mechatroniker, Altenpfleger oder Elektriker – beruflich qualifizierte fehlen in vielen Branchen. Ein Grund dafür ist, dass sich zu wenig junge Leute für eine Berufsausbildung entscheiden (Grafik):

**Zu Beginn des letzten Ausbildungsjahres, im September 2012, gab es 33.300 unbesetzte Ausbildungsstellen und 15.700 unversorgte Bewerber.**

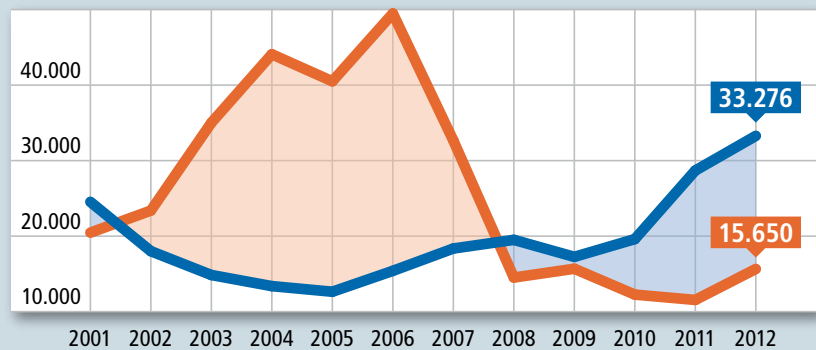
Damit hat sich die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt schon zum dritten Mal in Folge vergrößert. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Ausbildungsplätze, die bis zum 30. September nicht besetzt werden konnten, um 12 Prozent.

## Adressaufkleber



## Ausbildungsmarkt: Die Schere öffnet sich wieder

Jeweils zum 30. September ■ Unbesetzte Ausbildungsstellen ■ Unversorgte Bewerber



Unversorgte Bewerber: ohne Teilnehmer an berufsbildenden oder ähnlichen Maßnahmen  
Quelle: Berufsbildungsbericht

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 22 - Foto: Robert Kneschke - Fotolia.com

Umso erstaunlicher ist es, dass auch die Zahl der unversorgten Bewerber zugelegt hat, von 2011 bis 2012 um 4.100. Dies erscheint paradox, lässt sich aber erklären:

- **Regionaler Mismatch.** Eine freie Ausbildungsstelle in Bayern nutzt einem Bewerber aus Hamburg gar nichts – es sei denn, er oder sie ist bereit, umzuziehen.
- **Demografische Entwicklung.** Mit der Zahl der Schulabgänger sinkt logischerweise auch die Zahl der potenziellen Azubis. Dies macht sich vor allem in Ostdeutschland bemerkbar – dort ist der Mangel an Bewerbern am stärksten.
- **Berufswunsch.** Manche Schulabgänger haben auch deshalb noch keine Ausbildung begonnen, weil es

in ihrem gewünschten Beruf keine offenen Stellen gab. Laut der Schulabgängerbefragung 2012 des Bundesinstituts für Berufsbildung haben nur 4 Prozent der Schulabgänger, die nicht in ihrem Wunschberuf unterkommen konnten, eine andere Ausbildung angefangen.

Obwohl die Zahl der unversorgten Bewerber gestiegen ist, handelt es sich dabei keineswegs um einen allgemeinen Trend. So ist die Zahl der sogenannten Altbewerber 2012 um fast 3 Prozent gesunken. Das sind jene jungen Leute, die die Schule schon vor mindestens einem Jahr verlassen haben und damals keine Ausbildungsstelle fanden.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer  
(verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Vanessa Dahm,  
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,  
Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich  
(außer Juli und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.